

**Bahnfahrt!**  
**aus!**  
**Pfaukuch**  
 mehrere tausend Meter  
 mit einem Mäherlich  
 so ist es zu verstehen,  
 ob aller Kunststücke, die

**Bahnfahrt!**  
**SS-Bilder**  
 u. Monatskarten  
 G. Notton  
 Pforzheim.  
 Fernruf 2225.  
 von vormittags 11 Uhr  
 mittags 3 Uhr geöffnet.

**Läufer-Schweine**  
 ein fettes Stück  
 zu verkaufen.

**Fr. Kühle.**

**Wagen,**  
 Str. Trogkraft, ein  
**ndfarren,**  
**ferschweine**  
 zu verkaufen  
**dwig Kaiser,**  
 Meiner, Nr. 113. 3.  
**Strozheimer**  
**D-Ankaufstelle**  
 Silber, Platin  
 und fein, sowie  
 Schmuckstücke zum  
 Kaufen, Holen und  
 Verkaufen, ferner Gold-  
 Silbermünzen, in-  
 ausländische.  
**Detail-Handlung**  
**Hetsch,**  
 beim Waisenhaus-  
 4, Tel. 3468.

**Datumstempel**  
 eien und Büro sind  
 lieferbar.  
 iche Buchdrucker.

**Regulierungspreis:**  
 Goldmonat in 17 Reichsmark  
 80 währungsneigige. Durch die  
 Volk im Ost- u. Oberamt-  
 verkehr, sowie im sonstigen  
 währung, Verkehr 80 Gold-  
 pfennig u. Goldbeleggebühr.  
 Stelle freibleibend,  
 Nachzahlung vorbehalten.  
 Preis einer Nummer 10 Gold-  
 pfennig.  
 In Fällen von 20 oder 25  
 währung, behält kein Anspruch  
 auf Wiederholung der Zeitung  
 oder auf Rückerstattung des  
 Regulierungspreises.  
 Bestellungen können alle  
 Stellen, in Neuenbürg  
 ausserdem die nächsten  
 jederzeit entgegen.  
 Stolzenau Nr. 24 bei der  
 O. H. Buchdruckerei Neuenbürg

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
 Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Einzelverkaufspreis:**  
 Die einpaltige Zeitungs-  
 deren Raum im Bezirk  
 16, außer 20 Goldpfennig  
 mit Inf.-Steuern. Kofert-  
 anzeigen 100 Proz. Zuschlag.  
 Cherie u. Ausfallunterteilung  
 2 Wk. 4 Wk. 8 Wk. 10 Wk.  
 plening.  
 Bei größeren Aufträgen ent-  
 sprechender Rabatt, der im  
 alle des Jahresabrechnung  
 möglich wird, ebenso wenn  
 Zahlung nicht innerhalb  
 3 Tagen nach Rechnungs-  
 datum erfolgt.  
 Bei Zeitungsverträgen  
 treten sofort alle Kräfte.  
 Einhebungen außer Kraft.  
 Herausgeber Nr. 6.  
 Für telephonische Aufträge  
 wird keinerlei Gewähr über-  
 nommen.

Nr. 52. Neuenbürg, Samstag, den 1. März 1924. 82. Jahrgang.

## Politische Wochenrundschau.

Der Beamtenabbau wird allmählich unter der elabemil-  
 schen Beamtenschaft große Staubwolken auf. Zeitgleich  
 verläßt zwar Ueberreife darüber, daß in der Zeit des  
 Vaterlands der Staat schlechterdings nicht mehr imstande ist,  
 die vielen nach der Revolution neu geschaffenen Beamten  
 aufrecht zu erhalten, ja nicht einmal die zur ertentlichen Füh-  
 rung der Staatsgeschäfte, Rechtspflege, Verwaltung usw. un-  
 entbehrlichen Beamten voll zu bezahlen. Mander, der durch  
 die Günst der Parteien und andere glückliche Verbindungen  
 sein Beamtenamt als Errungenschaft der Revolution ergatterte  
 ist sich klar darüber, daß diese Herrlichkeit nun ein Ende haben  
 und er selbst recht oder schlecht wieder werden muß, was er  
 vordem war. Aber schon die Tatsache, daß diese Nichtlinie nicht  
 konsequent durchgeführt, sondern im Gemeinde- wie im Staats-  
 dienst immer wieder bei den ganz hoch Gelohnten — wir  
 wollen keine Namen nennen — verlassen und nur bei den Klei-  
 nen befolgt wird, hat viel böses Blut gemacht. So kam es,  
 daß eine durchaus sachliche und wohlüberlegte Bemerkung des  
 Ministers Holz bei einer Rede in Lottensburg in der Presse  
 verzerrt und zum Gegenstand einer bösen Hege gemacht wurde.  
 Der Minister hatte angedeutet, daß ein Teil der Beamten selbst  
 die Schuld trägt an der bitteren Notwendigkeit des Abbaus,  
 weil die Organisationen zeitweilig der Boyen überbann und  
 finanziell unerträgliche Forderungen gestellt hatten. Was aber  
 schwerer zu ertragen ist und viel böses Blut gemacht, das ist  
 der allzu mechanische Abbau besonders bei den Reichsbeamten.  
 Es ist Zeit, dafür zu sorgen, daß vier Milderungen Platz grei-  
 fen. Notwendig ist es auch, sich mehr als bisher der Jungbe-  
 reitschaft anzunehmen. Hund 800 Jungler liegen jetzt in  
 Württemberg auf der Straße und geben, wenn sie keine we-  
 nigstens berufsbewandte Beschäftigung finden, ihrem Beruf  
 verloren. Der Abbau der Schulen geht auch den Eltern zu weit.  
 Alles kann der Heind uns nehmen, aber die deutsche Schulbil-  
 dung lassen wir uns nicht rauben, dieses Christi die Gut für die  
 Heranbildung unserer Kinder, die dereinst berufen sind, Deutsch-  
 land wieder hoch zu bringen.

Die Reichstagsverhandlungen haben anfangs der Woche  
 wieder begonnen und sind, während wir dies schreiben, noch in  
 vollem Gange. Der Reichsanwalt hat gleich beim Anfang der  
 großen Aussprache seine Politik verdeutlicht. Die Parteien  
 übten zum Teil eine scharfe Kritik an den Regierungsmaßnah-  
 men, besonders an den Notverordnungen auf Grund des Er-  
 mächtigungsgesetzes, und es zeigte sich bald, daß ihre Haupt-  
 triebfeder dabei die bevorstehenden Wahlen sind. Ehrlicherweise  
 muß man aber zugeben, daß die verzeirliche Finanzlage des  
 Reiches, die innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eben-  
 an die Unfähigkeit dieses Reichstags, in kurzer Zeit brauchbare  
 Gesetze zu machen, die Regierung zu raschem Handeln zwingen.  
 Aber die bevorstehenden Wahlen scheinen die Räder vollends  
 verrückt zu machen. Der Mandats- und Wahlzettel treibt  
 die tollsten Blüten, und so ist es wohl möglich, daß die Regie-  
 rung nicht das verlangte Vertrauensvotum mit einer ausdrück-  
 lichen Billigung aller Notverordnungen erhält und zu einer  
 Reichstagsauflösung schreiten muß, vorausgesetzt, daß der  
 Reichspräsident, was er seinerzeit Dr. Stresemann gegenüber  
 ablehnte, diesmal das Auflösungsdekret unterschreibt. Nach den  
 Erfahrungen der Sozialdemokratie bei den Wahlen in Thürin-  
 gen und Mecklenburg dürfte es der Reichspräsident mit dieser  
 Unterfertigung auch diesmal nicht eilig haben.

Wenn sich noch die Neuwahlen für den Reichstag und  
 unseren Landtag zu erwarten? Nach einer neulich durch die  
 Presse gegangenen, offenbar sehr verfassungswidrigen Holz für  
 den Reichstag äußerlich am 3. August, für den Landtag frühe-  
 stens am 21. Mai. Bei uns in Württemberg liegen die Ver-  
 hältnisse merkwürdig: weder das Staatsministerium, noch der  
 Staatspräsident, noch der Landtag selbst haben laut Verfassung  
 ein Recht zur Auflösung. Vorgesehen ist nur eine Auflösung  
 durch Volksabstimmung. Aber schließlich könnte der Landtag  
 auseinandergehen wie meiland das Dornroser Schloß, und  
 das wäre angesichts einer solchen wundervoll profitoralen  
 Wäute wie diese Wäute Verfassung das einzig Richtige.

Der Dittlerprozeß beherrscht jetzt neben den Reichstagsreden  
 das Tagesgespräch. Es ist eine reichlich schmutzige Wäsche, die  
 da gewaschen wird und eine trübe Wahrheit, die jetzt vor dem  
 Audi ans Licht kommt. Ob große Verurteilungen die Folge  
 sein werden, möchten wir bezweifeln. Einer der nicht auf der An-  
 klogebank sitzt, aber mitgerichtet wird, ist Herr von Kahr. Die  
 Rolle Ludendorffs ist mehr als traurig. Man wird an die  
 klassischen Dramen der alten griechischen Dichter erinnert, wenn  
 man sieht, wie hier ein Deros sich als armerlicher Mensch ent-  
 puppt.

Unser Verhältnis zu Frankreich ist andauernd unerträglich.  
 Die französischen Vernichtungsabsichten haben durch das engli-  
 sche Arbeitsministerium, wie sich von Woche zu Woche deut-  
 licher zeigt, keinerlei Verminderung erfahren. Der Druck in der  
 Biala, sowie im Rhein- und Ruhrgebiet, ist eher wieder schärfer  
 geworden: Es hilft nichts, uns hilft keiner, wenn wir uns  
 nicht selber helfen. Aber dazu müssen wir einig werden, nation-  
 alpolitisch, fleißiger und sparsamer. Also schlechte Aus-  
 sichten!

## Deutschland.

Berlin, 29. Febr. Der Sparminister hat am Samstag  
 dem Kabinett eine Reihe wichtiger Ertragsübersichten unter-  
 breitet, u. a. den Antrag auf Abbau der unproduktiven Woh-  
 nungsbauämter, die zur Zeit über 100 Millionen Goldmark Ge-  
 samtkapital im Jahre benötigen, auf Fortfall der Diktan an  
 Reichstagsabgeordnete während der Parlamentarierien. Die  
 Vor schläge sind eingehend begründet worden. — Zwischen  
 Deutschland und Osm ist ein vorläufiges Wirtschaftsabkom-  
 men unterzeichnet worden.

## Vom württ. Gemeindetag.

Der Gesamtvorstand des württ. Gemeindetags hat in seiner  
 am 25. Februar 1924 abgehaltenen Sitzung beschlossen, dem  
 Justizministerium vorzuschlagen, daß die derzeitige Ueberpa-  
 nung der Gerichtsgebühren zum Schaden der Volkswirt-  
 schaft auf den Grundstücksverkehr außerordentlich lähmend wirke.  
 Es soll Ermächtigung der Gebühren auf den Friedensstand be-  
 antragt werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinden den  
 ganzen persönlichen und sachlichen Aufwand für die Gerichts-  
 gebühren zu tragen haben, wird die Umkehrung des An-  
 teilverhältnisses von Staat und Gemeinden an diesen Ge-  
 bühren gefordert, so daß künftig der Staat ein Drittel und die  
 Gemeinden zwei Drittel erhalten. Die von der Geschäftsleitung  
 gegenüber der Grundbesitzseite der Oberamtsaufteilung einge-  
 nommene neutrale Haltung soll bei dem geteilten Interesse der  
 Mitgliedscommunen auch weiter beachtet werden. Die zum  
 Schutze von Gemeinden eventuell zur Aufstellung kommender  
 Bezirke an das Staatsministerium gerichteten Anträge wurden  
 zurückgewiesen. Ebenso soll an den von der Geschäftsstelle einge-  
 reichten Anträgen auf Vereinfachung der Verwaltung in zu-  
 sammengesetzten Gemeinden festgehalten werden. Die durch  
 Verordnung des Staatsministeriums vom 30. Januar 1923  
 vorgeschriebenen Unterlagen für Vorauszahlungen auf die Ge-  
 meindesteuer wurden als für die Gemeinden unbrauchbar be-  
 wertet. Es wird dringend gefordert, daß die Gewerbesteuer  
 wieder auf der Grundlage kontrollierbarer Betriebsmerkmale  
 behördlich geschätzt werden. Die schliche Begrenzung der  
 Gemeindeumlage auf 20 v. H. der Ertragssteuer muß ins-  
 solange als unlosig bezeichnet werden und sich als unzulässig  
 erweisen, als die ungenügender gestiegenen Amtsförperschaftsum-  
 lagen aus dem Ertrag der Gemeindeumlagen zu bestreiten sind.  
 Da die Amtsförperschaften selbst ihre Einnahmen nach den  
 notwendigen Ausgaben bemessen müssen, erzieht die Begren-  
 zung deren Umlage unmöglich. Der Gemeindetag fordert viel-  
 mehr das Recht zur Uebersteigerung des Umlagehöchstbetrags um  
 den Hundertsatz, welcher zur Deckung des 5 v. H. der örtlichen  
 Kataster überschreitenden Betrags der Amtsförperschaftsumlage  
 erforderlich ist. Die durch die dritte Steuernverordnung ge-  
 troffene neue Lasten- und Steuerverteilung erfordert die Re-  
 gulation der finanziellen Beziehungen zwischen Land und Ge-  
 meinden. Das Finanzministerium soll aufgefordert werden, den  
 Finanzansatz so zu beschleunigen, daß die Mittel hieraus den  
 Gemeinden zur Bekämpfung des neuen Lastenansatzes recht-  
 zeitig zufließen. Die diesjährige Brennholzversorgung beach-  
 tigt die Folgen, waldnahe Gemeinden in ungeschützter Weise.  
 Es wird verlangt, daß öffentliche Brennholzverlagerungen so-  
 lange eingestellt werden, bis die Versorgung der waldnahen  
 Gemeinden im gleichen Verhältnis sichergestellt ist, wie für die  
 übrigen Gemeinden.

## Zur Kirchenpräsidenten-Wahl.

Die Wahl war offenbar nicht ganz einfach. Denn wie wir  
 schon andeuteten, fanden sich zwar nicht persönlich, aber auf  
 den Wahlzetteln, zwei Kandidaten gegenüber: Bräut D. Traub  
 als Kandidat der Gruppe 1, Bräut D. Schöll für die Gruppe 2,  
 zwei ausgesprochen aktivistische Persönlichkeiten, beide von un-  
 bezweifelbarer Eignung für den Posten. Die immer wiederhol-  
 ten Wahlgänge führten zu keinem Ergebnis, da zur Wahl zwei  
 Drittel der Stimmen erforderlich waren und die für beide Kan-  
 didaten abgegebenen Stimmen sich im großen ganzen die Waage  
 hielten. So entschloß man sich, als die Aussicht auf eine Ein-  
 gung sich mehr und mehr verringerte, einen neuen Kandidaten  
 anzustellen, der das Vertrauen beider Gruppen, der mehr frei  
 und der weniger frei gerichteten, genügt. Bräut D. Dr. Metz.  
 Er vereinigte bei 11 Enthaltungen 17 Stimmen auf sich und  
 ist somit gewählt. In den Wahlzettel nahm er mit dan-  
 kenswerten Worten die ehrende Wahl an. Kirchenpräsident D. Dr.  
 Joh. Metz, 67. Lebensjahr und hat erst vor kurzem eine  
 schwere Krankheit überstanden. Er ist unversehrt, theo-  
 loge, seit Jahrzehnten im Konsistorium tätig, eine lebenswör-  
 dige, konsilante Natur, erfahren in den Fragen der Verwaltung  
 und als langjähriger Personalreferent für die unabhän-  
 gigen Geistlichen eprobt in der Menschenbeziehung, kein „Kirchen-  
 fisch“, sondern eine anpruchvolle, innerlich Verlässlichkeit von  
 tiefer, unanbringlicher Frömmigkeit und zugleich weltweisem  
 Verständnis für die religiösen Werte der sächlichen Kunst. Ge-  
 rade auf diesem Gebiet ist er schriftstellerisch und praktisch als  
 langjähriger Herausgeber des kirchlichen Rundblattes und als  
 Berater zahlreicher Gemeinden hervorgetreten; auch am Ju-  
 standkommen des neuen Gesangbuchs hat er hervorragende  
 Verdienste. In seinen auf Ausgleich bedachten Händen wird  
 bei seinem ausgeprägten Verantwortungsbewußt die Leitung der  
 evangelischen Landeskirche Württembergs wohl verfozt sein.

## Reine französische Flüge mehr über Süddeutschland.

Da es der französisch-rumänischen Luftschiffahrtsgesellschaft  
 nicht gelungen ist, mit der deutschen Regierung zu einem Ue-  
 bereinkommen zu gelangen, wird die Luftlinie Paris-Straz-  
 burg nicht mehr über Süddeutschland, sondern über die Schweiz  
 und Oesterreich auf der Linie Strazburg-Basel-Genève ge-  
 führt. Bekanntlich sind im vorigen Jahre etwa 30 (7) fran-  
 zösische Flugzeuge bei Routenlandungen in Deutschland beschlag-  
 nahmt worden.

## Vom Hauptauschuss des Reichstags.

Berlin, 28. Febr. Im Hauptauschuss des Reichstags teilte  
 Geheimrat Karlows vom Reichsfinanzministerium mit, daß die  
 Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat etwa 130 Millionen  
 Goldmark und die Kosten der Ausführung des Verfallener Ver-  
 trages 640 Millionen Goldmark betragen. Ministerialrat von  
 Schäfers vom Reichsfinanzministerium erinnerte daran, daß  
 das Reich ohne neuemwerte Kreditquellen sei. Die Kren-  
 marktbede seien fast völlig in Anspruch genommen und die  
 Reichsbank dürfe nicht mehr Schatzwechsel für das Reich diskun-  
 tieren. Das Reich sei daher auf die Annahme von Kredi-  
 ten angewiesen. Zu dieser Kreditannahme, die nach der

Verfassung der Ermächtigung durch ein Reichsgesetz bedürftig,  
 solle der § 3 des Entwurfs die Reichsregierung in die Lage  
 setzen. Es müßten Beträge von 300 oder 500 Millionen Gold-  
 mark als Höchstgrenze gewählt werden, weil noch nicht zu über-  
 sehen sei, wann der Reichsbankhalt für 1923 endgültig fest-  
 gelegt sein werde. Von der Kreditermächtigung werde nur im  
 Rahmen des unbedingt erforderlichen Gebrauch gemacht wer-  
 den. Die Beamtengebälter sollten wohl anfangs April gemäß  
 der Mietschlichterung erhöht werden. Die Vorrichtr betreffen-  
 die genannten Kosten in § 1 habe die Regierung gerade die-  
 aufgenommen, um die vom Sparauschuss des Reichstages ver-  
 folgten Ziele nach Möglichkeit zu sichern. Sollten Bedenken des  
 Hauptauschusses bestehen, so könne auf eine Einschränkung ver-  
 zichtet werden. Reichsfinanzminister Dr. Luther bezeichnete die  
 politischen Bedenken als verständlich, die auf eine Verfristung des  
 vorläufigen Etatgesetzes hinstielen, hält aber eine Verfristung bis  
 zum 30. April für unvertretbar, weil dadurch die Gefahr eines  
 zeitweisen Stillstandes der Reichsgeschäfte gegeben sei. Die Vor-  
 arbeiten für eine Vereinfachung des Strukturfalles seien im  
 Gange. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte  
 Angaben über das finanzielle Ausmaß der sozialen Unterstüt-  
 zungen. Abgeordneter Hoch (Soz.) hält die sozialen Unter-  
 stützungsätze, die jetzt bezahlt werden, für viel zu gering und hat  
 um Auskunft, ob Sicherheit dafür bestehe, daß die Länder ent-  
 sprechend der Kostenverteilung in Zukunft genügend Mittel zur  
 Verfügung hätten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums  
 bejahte diese Frage und äußerte zu, daß die sozialen Ver-  
 sicherungen sobald als irgend möglich erhöht würden.

## Ausland.

**Polnische Besorgnisse wegen der Rede Hendersons.**  
 Paris, 28. Febr. Nach dem Londoner Korrespondenten des  
 „Echo de Paris“ soll der polnische Botschafter Estimant den  
 Ministerpräsidenten Macdonald gebeten haben, ihm gewisse Zu-  
 sicherungen hinsichtlich der Rede Hendersons zu geben. Die pol-  
 nischen Vorstellungen sollen sich nach dem Berichterstatter in  
 folgender Form vollzogen haben: Wenn die englische Politik  
 wirklich so ist, wie Hendersons angibt, so wird der polnischen  
 Regierung nichts anderes übrig bleiben, als zurückzutreten;  
 denn es wird ihr unmöglich sein, in der öffentlichen Meinung  
 Polens das Vertrauen zu England zu erhalten, das im An-  
 schluß an die Wilsons Youngs zutage getreten ist. Polen wird  
 dann gezwungen sein, zu rufen, um sich selbst nach Ost und  
 West zu schützen gegen die Begehrlichkeit (1) von Moskau und  
 Berlin.

## Ein nationales Bekenntnis Macdonalds.

London, 28. Febr. „Daily Telegraph“ zufolge erklärte Mac-  
 donald in einer Unterredung mit dem Londoner Botschafter  
 der „New York Tribune“, in England und Europa bede, was  
 die Aussicht auf eine Regelung des europäischen Verhältnisses  
 angeht, ein Gefühl des Optimismus Platz gegriffen. Er teile  
 dieses Gefühl. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen  
 sprach Macdonald auf das Verhältnis der Arbeiterpartei mit der  
 russischen Arbeiterschaft ein und erklärte, Moskau sei nicht länger  
 eine Gefahr für England. Er, Macdonald, wolle damit  
 nicht sagen, daß es niemals wieder eine Gefahr werden könne.  
 Ke ne Partei sei nach Ursprung und Geschichte mehr britisch  
 gewesen oder würde mehr britisch sein als die britische Arbeiter-  
 partei.

## Die Wettrede im Balkan.

London, 28. Febr. Nach den letzten Nachrichten aus den  
 Balkanstaaten hält man eine Kriegserklärung Jugoslawiens an  
 Bulgarien für unmittelbar bevorstehend. Es sind bereits über  
 eine halbe Million jugoslawische Truppen an die bulgarische  
 Grenze abgedrückt worden. Diese heben besonders gegenüber  
 den Kohlenfeldern von Bernik, Jugoslawien warre nur noch  
 auf einen anderen Mosebomier-Einsall als eine Entschädigung  
 für einen Vorstoß in bulgarisches Gebiet. In den Gebieten, die  
 an Nordbalkanien angrenzen, werden ebenfalls Truppen insam-  
 mengezogen. Jugoslawien gibt an, daß mazedonische Truppen  
 dort ihr Hauptquartier haben und daß dieses Gebiet wahrschein-  
 lich besetzt werden wird.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

### Sonntagsgedanken.

Richt lügen.  
 Die Lüge scheint der eigentliche jaule Fied in der Men-  
 schennatur. Unser ältestes Buch, die Bibel, läßt das erste Ge-  
 brechen, wodurch das Böse in die Welt kam, von der Lüge aus-  
 gehen. Derbert Rau.

### Das Lügen ist des Slaven Erbe.

Um die Menschen von dem sie bedrückenden Kleid zu be-  
 freien, genügt es, nur nicht zu lügen. Wenn die Menschen sich  
 von der Lüge nicht befreien lassen, wenn sie, was sie weder den-  
 ken noch fühlen, nicht sagen, dann wird sofort in unserer  
 Dasein eine Veränderung eintreten, welche die Re-  
 volutionäre in Jahrhunderten nicht herbeiführen können.  
 Tolstol.

### Neuenbürg, 1. März.

Am Samstag des wegen Krankheit ver-  
 hinderten Vorstandes Gaus eröffnete Schriftführer Kaumann  
 die geistige außerordentliche Hauptversammlung der  
 Sängervereinigung „Freundschaft“ bei Schöll zum  
 Dirich. Die Mitglieder waren vollständig anwesend. Auf der  
 Tagesordnung standen folgende Beratungsgegenstände: Be-  
 richt des Schriftführers und Kassiers, Festlegung des Arbeits-  
 programms, Beschlußfassung über die Beteiligung am Ver-  
 tragsaufhebung dem Kaufmännischen des Enigasängerbundes in  
 Dirlenfeld, Singstundenfrage, Sängerbörse, Antrag auf Er-  
 weiterung der Sängervereinigung zu einem Männer-Sängerver-  
 ein, Beschaffung eines Abzeichens, Berichtswesen. In seinem  
 Rückblick führte der Vorsitzende die wichtigsten Vereinsereig-  
 nisse des vergangenen Jahres auf: zwei Konzerte im Februar  
 Ständen bei Kommerzienrat Schmidt, Morgenstunden auf

dem Marktplatz, Ausflug nach Althengstett, Besang im Kranzhaus und beim Nationaltag und als Gauspunkt des letzten Sonntag festgesetzte Konzert in der Turnhalle, bei dessen Erwähnung er herzliche Dankesworte für Chorleiter Fleig und dessen Gemahlin sowie die übrigen Mitwirkenden sand. Chorleiter Fleig nahm Veranlassung, den Sängern zu danken für das außerordentliche Maß von Arbeit, das sie in den letzten Monaten leisteten. Das letzte Konzert zeigte, was unerwählter Fleiß, zäher Wille und treuer Sängerdienst zu leisten vermögen. Der Erfolg habe es bewiesen. Er wisse, daß er den Sängern beinahe fast Unmögliches zumutete, sie hätten aber die Besetzungsvorbe bestanden. Er brachte den Sängern das Urteil von Musikdirektor Wüthli in Floridsheim zur Kenntnis, den er heute persönlich sprach und das alles in allem ein für die Sängerchor durchaus erfreuliches war, wobei nicht unerwähnt lassen, auf die noch vorhandenen Mängel hinzuweisen, deren Beseitigung man sich zur Aufgabe machen müsse. Das Konzert habe in der Defensivität allgemein befriedigt. Kassier Böhm teilte mit, daß es ihm nicht möglich sei, einen vollständigen Kassenbericht zu erstatten, da noch nicht alle Rechnungen eingegangen wären, er könne aber mitteilen, daß man mit einem geringen Plus abschneide. Bei roger Ausdrucks wurde beschlossen, ein Konzert am 26. Oktober zu veranstalten und hierbei u. a. die „Südlichen Vorbilder“ zur Aufführung zu bringen, wobei der Wunsch der Sänger zum Ausdruck kam, daß auch Fleig sich nochmals zur Verfügung stellen möchte. Außerdem soll ein auswärtsiger Konzertsänger beigegeben werden. Um die Weihnachtszeit ist ein Familienabend in Aussicht genommen. Die Festsetzung des Jahreskonzertes bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten. Angeregt und beschlossen wurde ein Sängerausflug mit Auto nach Baden-Baden und ins Margtal am 25. Mai, zu welchem Zweck eine Reisekasse angelegt und als Bevollmächtigter Otto Kienle bestimmt wurde. Im Juni findet die Generalversammlung statt. Die Beteiligung am Vertikationsabend des Gauvorsitzers des Gauvorsitzersverbandes in Birkenfeld am 29. Juni wurde nach ausfallenden Mitteilungen des Chorleiters beschlossen und zwar soll im nächsten Volksgesang gefungen werden. Die Anlehnung an die vom Vorsitzener Chorleitersverband beschlossene Sache, wonach bei einer Sängerzahl bis zu 30 als Vorsitzender des Chorleiters für einen Einabend (1 1/2 Stunden) 1-8 Mark festzusetzen ist, wurde gutgeheißen. Die Bestimmung bewilligte dem Chorleiter in Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen für den Abend 6 Mark. Chorleiter Fleig machte noch dieser Richtung ausfallende Ausführungen. Der Sängerbetrag wurde zunächst monatlich auf 2 Mark festgesetzt, im voraus zahlbar. Als ein besonders wichtiger Punkt lag ein von Wilhelm Gierbach schriftlich eingebrachter und von diesem begründeter Antrag auf Erweiterung der Sängervereinsmitglieder zu einem Männergesangsverein vor. U. a. wurde von dem Antragsteller betont, daß bei Erreichung der gestellten Ziele eine Erweiterung unbedingt notwendig sei. Aus Kreisen außerhalb der Vereinigung ist die Aufforderung zur Verstärkung des Quartetts wiederholt ausgesprochen worden. Um die Gegenstände auf geistlichem Gebiet in unserem kleinen Städtchen auszuweiten, hoffte man immer, daß der Wiederkauf etwas zuträgliches unternehmen würde, um eine weitere Spaltung, die auf diesen Kosten ginge, zu vermeiden. Das sei leider nicht gegeben, obwohl es bei gutem Willen möglich gewesen wäre, denn beide Vereinigungen erstreben dasselbe Ziel: Pflege des Männergesanges und des deutschen Liedes. Durch einen Zusammenstoß wäre es möglich gewesen, eine der Oberamtsstädte würdige große Sängervereinigung zu bringen. Als starker Gesangsverein der Stadt hätte der Wiederkauf die Initiative ergreifen sollen. Um die Bestrebungen der „Freundschaft“ zu fördern, geht der Antrag dahin, durch sofortige Gewinnung neuer Sänger und passiver Mitglieder die Vereinigung zu vergrößern. Der Antrag sollte eine langandauernde Ansprache, an welcher sich fast alle Anwesenden beteiligten. Chorleiter Fleig gab seiner Befriedigung über die obigen Bestrebungen und Ziele der „Freundschaft“ Ausdruck, erwähnte das Betreffende, daß an einem so kleinen Orte 4 Sängervereinigungen bestehen, fragte, weshalb der Antragsteller bloß vom Wiederkauf spreche und hob das öffentliche Interesse an den Bestrebungen der „Freundschaft“ hervor, das in einem Betrag von rund 600 Mark im letzten Konzert zum Ausdruck kam. Auch an ihm sei im Laufe des vergangenen Jahres verschiedentlich herangetreten worden, die Sängerkörner zu vergrößern. Er möchte jedoch bitten, seine Person ganz und gar in den Hintergrund zu stellen. Aus den Ausführungen der Versammlungsteilnehmer, auf welche wie im einzelnen nicht eingehen können, ergab sich, daß ein wirklicher Gesangsverein, der sich die anschließliche Pflege des deutschen Männergesanges und des deutschen Liedes zur Aufgabe mache, nur der Wiederkauf in Betracht kommen könne, in bezug auf diesen sollte es nicht an scharfen Ausdrücken, die wiederzugeben wir aus naheliegenden Gründen vermeiden wollen. Der feste Wille, die Vereinigung zu vergrößern, hängt aus allen Ausführungen. Dinernd, mit dem Wiederkauf wegen einem Zusammenstoß in Verbindung zu treten, wurde dessen Verhalten vor zwei Jahren angeführt, wobei die Persönlichkeit der beiden Chorleiter, da die Mitglieder der „Freundschaft“ auf ihrem Chorleiter unter allen Umständen bestehen. Auf Anfrage an Chorleiter Fleig wegen der Bereitwilligkeit sich weiterhin zur Verfügung zu stellen, gab derselbe eine beruhigende Antwort, betonte aber die Förderung des geschilderten Zweckes in der Einstellung neuer Sänger in bezug auf deren Stimmbildung, denn nicht die Zahl, sondern die Qualität sei ausschlaggebend, um betriebsfähige Ziele zu erreichen. Als Ergebnis der Aussprache war der einstimmige Beschluß, ungestört an den Ausbau der „Freundschaft“ zu einem Männergesangsverein zu gehen, zu welchem Zweck eine öffentliche Einladung ergeben soll zur Gewinnung neuer Sänger und passiver Mitglieder. Weitere Beratungsgegenstände bildeten Satzungsänderungen, Beschaffung von Notenmaterial, Verkauf des alten Klaviers und Anlegung eines Klavierfonds, sowie Beschaffung eines Vereinszeichens. Damit war der geschäftliche Teil erledigt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit Dankesworten für das behandelte Interesse, worauf im gemächlichen Teil der Gesang in seine Rechte trat.

**Wittbad, 29. Febr.** In einem unbewachten Augenblick hatte das 2 1/2 jährige Zwillingkind der Fabrikarbeiters-Eheleute Fr. Schmid einen auf dem niederen Bord liegenden Kochbojen mit siedendem Wasser herabgezogen und sich daran verbrüht, daß es noch in derselben Nacht an den schweren Brandwunden gestorben ist.

### 10 Jahre Krieg

bat die Pfalz bis jetzt erduldet, und das Ende ist noch nicht abzusehen; denn der Friede von Versailles ist, wie der Bischof von Speyer, Dr. Ludwig Sebastian, kürzlich in einer Ansprache an die katholischen Deputierten der Pfalz sagte, für die Pfalz kein Friede. Unendlich schlimmer als die vier Jahre Weltkrieg mit seinen fortgesetzten Plünderungen auf die friedliche Bevölkerung ist für die Pfälzer dieser sogenannte Friede. Über 21000 von Haus und Hof vertriebene Pfälzer, zahlreiche Tote und Verwundete sind die Opfer dieser „friedlichen“ Welsung, unter deren Schutz und mit deren Hilfe das Separatistengeheißel seine Gewaltthaten in der Pfalz ausbreiten konnte. Raub und Plünderungen, Terror-akte aller Art sind die „Sorgungen“ der separatistischen „Regierung“. Bis aufs Blut geküßt wird von dem Separatistengeheißel die pfälzische Bevölkerung, die schon seit Beginn der Befreiung durch die Fran-

zen an Drangsalierungen und Einquartierungenlasten ein gerechtes volles Maß zu tragen hat. Die Separatisten sind die Geißeln, mit denen der französische Provinzialgouverneur, General de Metz, die Pfälzer züchtigt, um sie für Frankreichs Klänge gefällig zu machen.

Trotz aller Beliden wird die Traue der Pfälzer zum Reich keinen Augenblick wanken. Denkt an die Not der besetzten Gebiete, an die Not der Pfalz beim Platzung am 2. März!

### Handel und Verkehr.

**Schweinemärkte.** Bannigheim: Milchschweine verkauft das Stück zu 16-22 Mark, Käufer zu 30-50 Mark. — Schömberg: Zufuhr 30 Stück. Bis auf einen kleinen Rest wurde alles verkauft um den Preis von 38-40 Mark pro Paar. — Zeitnang: Zufuhr 70 Ferkel und 24 Däuer. Von beiden Arten wurde gerade die Hälfte verkauft, und zwar die Ferkel um 16-22 Mark, die Käufer für 30-45 Mark b. St. — Tullingen: Zufuhr 57 Milchschweine. Verkauft wurden 37 Stück. Preis pro Stück 19-27 Mark. — Weilberstadt: Zufuhr 26 Milchschweine. Verkauft wurde bei fallendem Handel 30-35 Mark das Paar. Ein kleiner Ueberflus.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 29. Febr.** Die Evang. Landeskirchenversammlung nahm das Gesetz über die Kirchensteuer und die Anlagungskostenleistungen der Kirchengemeinden an.

**München, 29. Februar.** Von zünftiger Seite erfährt die Korrespondenz Hoffmann, daß der im Zusammenhang mit dem Hiltlerprozeß in Landshut in Schutzhaft genommene Hauptlehrer Streicher sich wieder auf freiem Fuß befindet. Dagegen trifft die Hiltlermeldung nicht zu, wonach die in Landsberg inhaftierten beiden Personen Major von Holz und Leutnant der Reserve Weis in den Hungerstreik getreten seien. Beide haben neuer dem Anstaltsleiter nach dem Aufseher gegenüber irgendwelche Mitteilung gemacht über einen etwa beschleunigten Hungerstreik.

**Birmans, 29. Februar.** Das Telephonamt in Birmans ist von den Franzosen besetzt und für den allgemeinen Verkehr gesperrt worden. Es wurden wiederholt Angehörige von Flüchtlingen verhaftet, um die Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen. Auf Protest erfolgte die Wiederfreilassung. — In Birmans erscheinen keine Zeitungen. Die beiden Befehl der „Birmanser Zeitung“ sind noch in Haft. In Birmans, Kaiserlautern und Neuland können sich die Separatisten immer noch ungehindert in den Straßen umherbetreiben und die Bevölkerung bedrängen.

**Dresden, 29. Febr.** In der vorgestern erfolgten Festnahme einer Anzahl kommunistischer Stadtverordnete und des Landtagsabgeordneten Jemmer wird noch mitgeteilt, daß die Hauptverurteilung zur Verhaftung der Abhaltung einer politischen Versammlung war, die nicht angemeldet, d. h. als Ehrenbeweisererklärung angemeldet war. Die bei den Verhafteten vorgefundenen und bei weiteren Hausdurchsuchungen beschlagnahmten umfangreichen Schriftstücke sind, soweit es sich bisher übersehen läßt, größtenteils Propagandamaterial und unterliegen noch der Untersuchung. Nähere Mitteilungen können gegenwärtig mit Rücksicht auf die Untersuchung nicht gemacht werden. Die Verhaftungen befinden sich noch in Haft.

**Berlin, 29. Febr.** Der Haushaltsausfluß des Reichstages hat den Gegenstand der Reichshausaufsicht und Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 1922-23 angenommen. Ferner ermächtigte er den Reichsfinanzminister zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse bis zu 300 Millionen Goldmark und zur Befreiung einmaliger außerordentlicher Ausgaben ebenfalls bis zu 300 Millionen Goldmark im Wege des Kredites fähig zu machen. Nach einer Regierungserklärung wird von dieser Krediterhöhung nur im Rahmen des unbedingt erforderlichen Gebrauch gemacht werden.

**Paris, 29. Febr.** Nach einer Hausdurchsuchung am Washington verlangt die Senatskommission für Einwohnungsfragen, daß das Einwohnungsverzeichnis für jede nach den Vereinigten Staaten zugelassene Nationalität auf 2 Prozent der Gesamtzahl der in den Vereinigten Staaten anwesenden Angehörigen der betreffenden Nationalität auf der Grundlage der Volkszählung für 1910 eingeschränkt werde.

### Kleine Anfrage.

**Stuttgart, 29. Febr.** Der Abg. Tazis hat folgende kleine Anfrage gestellt: Die neu eingeführten hohen Bundessteuern gefährden die Hundezucht, da sie bei der allgemeinen Kostlage für die weniger Bemittelten nicht mehr erträglich sind. Ist das Staatsministerium bereit, dafür einzutreten, daß die Steuern herabgesetzt und den anerkannten Züchtern eine Vergünstigung durch Einführung der Hundsteuer, wie in allen anderen deutschen Ländern, gewährt wird?

### Die Oberamterszusammenlegung.

Ministerialrat Müller, Mitglied der Kommission für Staatsvereinfachung, nimmt in einer längeren Zufahrt zu der Frage der Oberamterszusammenlegung Stellung unter besonderer Würdigung der finanziellen Seite dieser Frage. Falls die Staatsregierung jetzt mit der Oberamterszusammenlegung ernst mache, gefesse dies lediglich aus dem bittenden und unvermeidlichen Zwang der Verhältnisse heraus. Einige Zahlen würden die Lage der Staatsfinanzen am besten erkennen lassen. Der Personalaufwand des Staats (unter Berücksichtigung der sog. verbundene Betriebe) sei um 22 Millionen höher als vor dem Krieg. Das bedeute eine Steigerung von rund 50 Prozent trotz der geringeren Beamtenbezüge. Auch die Beamtenzahl sei um gegen 50 Prozent gestiegen. Die Steigerung des Personalaufwands sei überwiegend darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden vom persönlichen Schulhaushalt fast vollständig zu Lasten des Staats befreit würden. Deshalb ist auch der Personalaufwand der Kultverwaltung um gegen 15 Millionen Mark höher als 1914. Die Steigerung der Personenzahl ist vor allem auf die Bildung einer staatsbezogenen Polizei zurückzuführen, daneben aber auch auf eine seit 1918 eingetretene, nicht unerhebliche allgemeine Vermehrung des staatlichen Beamtenkörpers. Selbstverständlich waren diese Personalvergrößerungen auch von einer ganz gewaltigen Steigerung des Sachaufwands begleitet. Da man längere Zeit mit einem ständigen großen Mangel nicht widerstanden kann, blieb kein anderer Weg, als der einer ausgiebigen Herabdrückung der dormaligen Staatsausgaben. Das Staatsministerium des Innern hat ermittelt, daß bei der auf 12 Oberämter beschränkten Zusammenlegung über 80 Beamte dauernd eingespart werden können und daß die gesamte geldliche Ersparnis rund 20 Prozent des gegenwärtigen Gesamtaufwands für die Oberämter ausmacht. Dazu kommen als Nebenwirkungen das Freiwerden von Diensträumen, die Zusammenlegung von Amtsgeschäften, der Wegfall von Oberamtsleiterstellen, die Vereinfachung der Geschäfte, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Oberämter, die Erparnisse und Verbesserungen für die Amtsführer usw. Der Verfasser fügt hinzu, daß, wenn sich jetzt unter dem Druck der Zeitumstände die Regierung für die Durchführung des Plans entscheide, sie sich auch auf die Landtagsverhandlungen vom Februar 1921 und den damals gefassten Beschluß berufen könne.

### Der Hiltler-Prozeß.

**München, 29. Febr.** Bei Beginn der heutigen Vormittagsverhandlung wendet sich zunächst im Namen der gesamten Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Schramm gegen die Behauptungen in einem Teil der Presse, wonach zwar die Angeklagten befreit seien, irgend eine Gefährdung der Staatsinteressen zu vermeiden, daß das gleiche sich aber von den Verteidigern nicht behaupten lasse. Schramm legte gegen diesen Vorwurf scharfe Vermehrung ein und nahm zugleich Stellung zu den Karrikaturen, die in der Presse veröffentlicht wurden, u. a. zu einer Abbildung des Generals Ludendorff, wie er in Angst aufspricht vor den Richter hintrete. Dr. Schramm ersuchte den Vorstehen-

den dringend, die Verfertiger solcher dreifacher Karikaturen aus dem Gerichtsraum zu entfernen. Nach der Erklärung des Vorsitzenden sind die betreffenden Leute bereits heute nicht mehr anwesend. Des weiteren wendet sich der Rechtsanwalt gegen die Pressebehauptung, wonach die Angeklagten in ihren Aussagen darauf hinarbeiten, die Schuld besonders auf die Herren Rahr, Kossow und Seiffert abzuwälzen. Es sei ein Unbding, daß Dietz von Rahr, nachdem er glaubte, ein Unternehmen politisch nicht mehr mitmachen zu können, es nun mit juristischen Mitteln verfolgen lasse. Sodann wird die Berechnung des Angeklagten Oberleutnant Kriebel fortgesetzt. Der Angeklagte gibt zunächst eine Darstellung seines Verhältnisses als militärischer Führer des „Kampfbundes“ zur politischen Leitung, Kriebel führt aus, daß in einem Verband, der auf dem Grundsatze der Gehorsamkeit aufgebaut sei, die Verantwortung letzten Endes auf den Führer zurückfalle, der die Befehle und Weisungen erteile. Er bitte deshalb, daß man die Leute, die jetzt für solche militärische Ausführung von Befehlen im Gefängnis sitzen, sofort freilasse. Der Angeklagte schließt dann im einzelnen die Ereignisse. In der Versammlung bei Rahr habe dieser seinen Zweifel darüber geäußert, daß er noch wie vor der Regierung Streifmann als einer nicht nationalen Regierung feindlich gegenüberstehe und daß diese von Bayern aus bekräftigt werden müsse, sei es auf normalen, sei es auf anormalem Weg. Es sei ausdrücklich erwähnt worden, daß der normale Weg natürlich auch ein nichtparlamentarischer sein könne. Hierauf habe Kossow gesprochen, der im allgemeinen äußerte, daß er völlig mit Rahr einig sei, und ausdrücklich davon sprach, daß er jede Sache mitmache, die Aussicht auf Erfolg habe. Er wolle nur keinen Kampfbund mitmachen und werde sich mit Gewalt gegen einen solchen Verband wenden, der sich zu einem solchen Schritt verleiten lasse. Auch Seiffert habe gesagt, daß er trenn hinter Rahr stehe. Am Schluß der Sitzung habe er, Kriebel, erklärt, Rahr könne die wirkliche Leitung bringen, wenn er endlich den Entschluß fassen würde, den er nach seiner (Kriebels) Ueberzeugung in sichere Aussicht gestellt habe. Kossow habe dann zwischen gerufen, solange er nicht 51 Prozent Wahrscheinlichkeit für den Erfolg habe, könne er nicht mitmachen. Unter diesem Eindruck habe er, Kriebel, seine Kundgebungen an die Verbände verläßt. Es sollte keine Revolution in Bayern gemacht, sondern nur den drei Leuten ein Sprungbrett gegeben werden. Die militärischen Vorbereitungen seien nicht schwierig gewesen. Da Dittler die politische Leitung hatte, erhielten selbstverständlich die Offiziere das Kommando über die Ereignisse im Bürgerbräukeller. Am 7. November abends seien die militärischen Vorbereitungen noch eingehend besprochen und dabei auch die Berechnung der Minister erörtert worden, da bekannt war, daß das Ministerium im Falle von Unruhen sich eine Aufnahmestelle in Regensburg vorbereitet hatte, was verhindert werden mußte. Die Aktion im Bürgerbräukeller am 9. November sei so verlaufen, wie sie geplant war und wie sie bereits geschildert wurde. Als Rahr, Kossow und Seiffert herangeholt worden waren, sei er (Kriebel) ebenfalls aus dem Saal gegangen. Er habe dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sache verloren sei. Er bewundere Ludendorff, der zum Schluß sein Wort der Anklage gegen diese Männer und über ihren Wortbruch geäußert habe, der an ihm begangen worden war. Er werde unter Beweis stellen, daß, als auf dem Reichsministerium die halbe Nachricht einzufallen, Ludendorff sei erschossen worden, der Hauptmann Kriebel die unerbörte Versicherung getan habe: „Das ist die beste Lösung“. (Unruhe.) — Staatsanwalt Dr. Stenglein bemerkt, man dürfe nicht übersehen, daß es sich bei den Ausführungen der Angeklagten um eine einseitige Darstellung handle. Er glaube, man müsse auch den anderen Teil hören, ehe man diese Herren in dieser Weise in der Öffentlichkeit herabziehe. Der Vorsitzende erklärte dazu, es sei nicht Sache des Staatsanwaltes, dem Vorsitzenden eine Rüge zu erteilen. Staatsanwalt Dr. Stenglein erwiderte, er habe nur die Anregung gegeben, dem Angeklagten eine Rüge zu erteilen. — Justizrat Kohl bemerkte, daß das Urteil Kriebels über das Verhalten der drei Herren das Urteil aller anständigen Menschen in Deutschland sei. Um 10.30 Uhr vormittags trat eine halbstündige Pause in der Verhandlung ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 11 Uhr verbreitete sich der Angeklagte Kriebel über die Vorgänge am Vormittag des 9. November. Im Verlaufe des Vormittags wurde uns klar, daß unsere Verurteilung, Einbild in die wirklichen Verhältnisse zu gewinnen, mißglückt waren. Mein Vorschlag, uns in die Gegenwart von Kienheim zurückzuziehen, wurde abgelehnt, dagegen wurde der Vorschlag angenommen, selbst in die Stadt zu marschieren, um uns über die Situation zu informieren. Unsere Leute haben mit der Waffe umhändert, daß die Stadträte, die als Geißeln festgenommen worden waren, von der wütenden Menge getötet wurden. Sie verstanden also ihr Leben unseren Leuten. Der Zug zur Residenz erfolgte mit entladener Waffe, mit den Führern Ludendorff, Dr. Weber, Dittler und mir selbst an der Spitze. An der Ludwigstraße erhielt die dort postierte Landespolizei Befehl zum Laden. Auf unsere Kunde ging jedoch die Postenkette auseinander. Beim Einströmen auf den Platz vor der Residenz errietet wieder eine Postenkette, die auf unseren Anruf, nicht zu schießen, zurückwich. Gleich darauf kam aus der Richtung der Theatinerkirche ein Schwarm Landespolizei auf uns zu und während ein Offizier mit dem Karabiner zum Schlag ausholte, fiel, so wahr ich hier stehe, der erste Schuß von den Truppen der Landespolizei. Ob untere Leute geschossen haben, weiß ich nicht. Ich selbst wurde aus einem Fenster der Residenz heraus dreimal aus einer Waffe beschossen. Als die Schießerei aufhörte und ich gehen wollte, daß um die Verwundeten Leute beschäftigt waren, ging ich heim. Zu meiner Freude hörte ich, daß sonst nichts passiert war. Schließlich kann ich nur noch sagen, daß ich keinerlei Neue emstand mitgewirkt zu haben und daß ich Holz bin, es getan zu haben, weil ich einen Teil vor den Männern habe, die sich mit dem Munde geredet haben, aber nie etwas getan haben. Es ist mir eine Vergnügung, hier neben Ludendorff, Dittler und den sonstigen Freunden zu sitzen. Die Frage des Vorsitzenden, ob Einigkeit bestand, über den Vorwurf, um die nicht nationale Regierung Streifmann zu führen, bejahte Kriebel. Der Vorsitzende glaubt, daß man niemals feststellen könne, wer den ersten Schuß getan habe. Um 1 Uhr mittags wurde die Sitzung unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung am Nachmittag wird General Ludendorff zur Vernehmung aufgerufen. Er gibt ein Bild seines bisherigen Lebens, das geistlich der Welt klar vorliege und voller Arbeit für Volk und Vaterland gewesen sei. Auf die Bitte des Vorsitzenden, sich über seine politischen Ansichten zu äußern, sagte der General, daß er die Anschauung der bayerischen Reichswehr durch den bayerischen Staat als eine Weitere und Verfassungsbruch ansehe, wenn er auch die Weimarer Verfassung nicht verteidigen wolle. Ich sehe darin eine Lockerung und Schwächung des Reiches, die Ankündigung von Erscheinungen, die ich seit langem mit Sorge verfolge. Mein Herz schlägt in glühender Liebe zum Volk und in Sehnsucht für seine Freiheit. Der General gehtelt weiter Ausführungen Scheidemanns in einer Rede in Paris vor dem Krieg und bekennt sich als Gegner der moralischen und kommunikativen Demokratie und damit auch als Gegner der Juden, die er im Weltkrieg als Gefahr genügend kennengelernt habe. Die jüdische Rasse sei unserer Rasse entgegengesetzt und darum sei er ein Gegner ihres Einflusses in unserem Land, ebenso wie er sich auch gegen den Einfluß der Engländer und Franzosen wenden würde. Zur Frage des Ultramontanismus übergehend sagte

Ludendorff: Ich od genau so hoch wie die Polen, Thoren und Irrenpolitik das Deutsche Reich wurde. General Ludendorff mit Justizrat Kriebel, der bereit ist, das Verhältnis habe darin eine große deutsche Volk geüben der Bayerischen die Deutschland ablo 9. November hätten die Abmachungen le bayerischen Minister der Reichswehr gete auf das wir acht nalen Willen haben. Dann habe er Dittler etwas stillos Dohes haben Dittler und er, Ludendorff kam dann und betonte, er sei in die Selbstmord, Ludendorff, sei das Schritt zu einer ge schienen. Er sehe in dem Staat des verlor richtung des Genera fassungsdruck. In Reichswehr habe er Bahn zur Lockerung Vertrauen gehabt. sei er zu Hause an im Bürgerbräukeller auf seine Frage, w erbat, das würde im Bürgerbräu beh sei im Rollen und habe ihm gegenüber geäußert habe er sich während seiner An ausgedrückt werden. nicht zugeredet, R er den Eindruck ge lühen Entschließen sei ihn sehr persönlich einmal ihr Wort ge noch vorher zurück handelt und ihre S dert General Luden habe und bebauptet despolizei erdienen Eindruck sei menschl Ludendorff sei sein die Feststellungen: aus Treubruch, Ver trerrolut gefahrt, e nicht gemolte Ergo wollen nicht einen einen Staat unter ultramontaner Gen den Deutschen gebü bruch von Offiziere völkischen Bewegung schen Kossow und u Rüge die völkische November so fast sammenschmeiher un hätten überpannter Frage des Vorsteh dieser Bewegung v Bewegung wäre, o Norden, zu einer ge geworden, so daß d wäre. Nach Erleb Sitzung geschlossen

**Berlin, 29. Febr.** Ausdrücke fällt zu die Weimarer Verfassung wirtschaftlich sieht. Der General von Seiffert nicht unterschont. liegt ihm besonders til des Verhältnisses und dem Ultramontanen wird verpflichtet und soffen die. Ob den Hanartern, die zu viel sei. Der wegen dem Fehlen e ertnotverordnung, t lands über die zu atkrit und fordert macht er einen Ver die Festigung von süßen und leugnet durch die Notmahn genommen werden wolle. Dann schilb ten Gebietes, daß dort für die ungeg Rufstand, den keine Bedauern, daß von gang der Notverreiter, daß die Regie Auf den Personala und die schlechten e daß zum 1. April e wagen werde. Ges tungsbefimmungen löse Abg. Rebebour Eine Kritik folgt d dann da er es mit verordnung zu tun rische Einigung zu Ende.

**Würt. A**  
Handelsregie  
28. Februar 1924  
Bildbad: Die Fir

Karraturen aus  
 Erklärung des Bor-  
 nicht mehr an-  
 gegen die  
 in ihren Auslagen  
 der Herren Rahr,  
 Anding, daß der  
 man Politik nicht  
 kritischen Mitteln  
 des Angeklagten  
 gestalte gibt zu-  
 als militärischer  
 Zeitung. Kriebel  
 dem Grundlag der  
 tang letzten Endes  
 und Befragten er-  
 de jetzt für solche  
 Gedankens liegen,  
 in im einzelnen die  
 hab: Dieser seien  
 vor der Regierung  
 erung feindlich ge-  
 de bekämpft werden  
 ermale Weg. Es  
 ernate Weg natür-  
 Daraus habe  
 daß er völlig  
 brach, daß er jede  
 Dr. Rahr nur  
 h mit Gewalt ge-  
 zu einem solchen  
 sagt, daß er treu  
 habe er, Kriebel  
 bringen, wenn er  
 ch seine (Kriebels)  
 . Löffow habe da-  
 Wahrheitlichkeit  
 an die Verbände  
 hern gemacht, son-  
 geben werden. Die  
 hierig gewesen. Da  
 selbstverständlich die  
 le im Bürgerbräu-  
 militärischen Vorbe-  
 bei auch die Ver-  
 ant war, daß das  
 Zulassfelle in  
 et werden mußte  
 mber sei so ver-  
 bereits geübt  
 ausgehört worden  
 auf gegangen. Er  
 die Sache verloren  
 kasse kein Wort, der  
 Wortbruch grun-  
 Er werde unter-  
 mmando die falsche  
 worden, der Haupt-  
 habe: Das ist die  
 Dr. Stenglein be-  
 ch bei der Ausfüh-  
 Darstellung handele  
 el hören, die man  
 schließl. herabzie-  
 Sache des Staats-  
 reiten. Staatsan-  
 die Anzeigung ge-  
 . Inltat  
 das Verhalten der  
 enschen in Deutsch-  
 eine halbständige

Ludendorff: Ich achte die Segnungen der katholischen Kirche  
 genau so hoch wie die der protestantischen, aber ich habe in  
 Polen, Thon und in Straßburg gesehen, wie durch die Zen-  
 trumpolitik das Deutsche Reich seiner Völkerei erschwert  
 wurde. General Ludendorff erwähnte dann die Verbindung  
 Rahr's mit Justizrat Glash, den Führer des Alldeutschen Ver-  
 bandes, der bereit gewesen sei, den Wünschen Rahr's auf Lode-  
 rung des Verhältnisses Bayerns zum Reich zu entsprechen. Er  
 habe darin eine große Gefahr für das Deutsche Reich und das  
 deutsche Volk gesehen. Er habe gesehen, daß in gewissen Krei-  
 sen der bayerischen Volkspartei eine Politik getrieben werde,  
 die Deutschland absolut abträglich sei. Die Ereignisse des 2. und  
 9. November hätten vielen die Augen geöffnet und wenn man  
 die Abmachungen lese, die zwischen dem Reichkanzler und dem  
 bayerischen Ministerpräsidenten mit Bezug auf die Vereidigung  
 der Reichswehr getroffen wurden, dann sei das ein Menetekel,  
 auf das wir achten müßten. Es sei ihm klar, daß ohne nationa-  
 len Willen Deutschland verloren sei. Aus dieser Erwägung  
 heraus sei er auf der völkischen Freiheitsbewegung gekommen.  
 Er habe mit seinen Freunden vom „Oberland“ und den Natio-  
 nalsocialisten geglaubt, daß durch die Gründung der deutschen  
 Arbeiterschaft wir zur Freiheit kommen könnten. Er sei Dr.  
 Weber aufrichtig dankbar, daß er ihm Vertrauen geschenkt habe.  
 Dann habe er Dittler kennen gelernt. Er habe erkannt, daß hier  
 etwas Sittlich Hohes war, von dem Rettung kommen müsse. So  
 haben Dittler und ich uns gefunden. Dittler sei ihm treu ge-  
 blieben und er, Ludendorff, werde ihm die Treue halten. Lu-  
 dendorff kam dann auf die monarchistische Frage zu sprechen  
 und betonte, er sei Monarchist. Die Dynastien seien aber für  
 ihn nie Selbstzweck, sondern sie seien für das Volk da. Ihm,  
 Ludendorff, sei das Generalstaatskommissariat als der erste  
 Schritt zu einer gewaltlosen Lösung der deutschen Frage er-  
 schienen. Er lege in Dr. von Rahr die Nachmittels des bayeri-  
 schen Staates verkörpert. Für ihn, Ludendorff, war die Ein-  
 richtung des Generalstaatskommissariats schon ein schwerer Ver-  
 samsungsbruch. In der Abtrennung des bayerischen Teiles der  
 Reichswehr sehe er ein weiteres Abgleiten auf der abschüssigen  
 Bahn zur Lockerung des Reiches. Er habe zu Löffow großes  
 Vertrauen gehabt. Am 7. November, abends gegen 10 Uhr,  
 sei er zu Hause angekommen. Ihm sei mitgeteilt worden,  
 ein Bürgerbräuankeller sei seine Anwesenheit dringend erwünscht.  
 Auf seine Frage, warum es sich handele, habe er die Antwort  
 erhalten, das würde ihm mitgeteilt werden. Bei den Vorgängen  
 im Bürgerbräu habe er, Ludendorff, in Löffow gesagt, die Sache  
 sei im Rollen und müsse jetzt vorwärts gebracht werden. Rahr  
 habe ihm gegenüber erklärt, er könne sich nicht entschließen.  
 Später habe er sich aber auf inständiges Bitten doch entschlossen.  
 Während seiner Anwesenheit sei kein Zwang auf die Herren  
 ausgeübt worden. Löffow und Seiter hätten ihm, Ludendorff,  
 nicht zugeordnet. Nach der Fahrt ins Reichswehrkommando habe  
 er den Eindruck gewonnen, daß Rahr und Seiter untreu in  
 ihren Entschlüssen seien. Ludendorff betonte, daß besonders das  
 ihm sehr schmerzhaft berührt hätte, daß die Herren, nachdem sie  
 einmal ihr Wort gebrochen hätten, das ihm gegebene Wort nicht  
 noch vorher zurückgezogen hätten. Sie hätten unehrenhaft ge-  
 handelt und ihre Handlungen lägen geübt. Schließlich schil-  
 dert General Ludendorff den Zusammenstoß an der Feldherrn-  
 Halle und behauptet, daß bei der Feldherrnhalle plötzlich Kan-  
 denpolizei erschienen sei. Das sei ein Mordanschlag gewesen. Der  
 Eindring sei menschlich und militärisch schmachlich gewesen. Lu-  
 dendorff schloß seine 3 1/2 stündigen Ausführungen mit folgen-  
 den Feststellungen: Es war gelungen, die völkische Bewegung  
 aus Treubruch, Verrat und Mordanschlag zu retten. Durch Mä-  
 tureblut geklärt, erhielt sie neue Kraft. Das ist das von ihr  
 mit gewollte Ergebnis des achten und neunten November. Wir  
 wollen nicht einen Abseind von Frankreich's Gnaden, nicht  
 einen Staat unter dem Einfluß kommunistisch-jüdischer oder  
 ultramontaner Gewalten, sondern ein Deutschland, das nur  
 den Deutschen gehört. Die Hoffnung wurde zunächst durch Treu-  
 bruch von Offizieren des alten Heeres. Die Verwirklichung der  
 völkischen Bewegung war auch der Zweck der Ausöhnung zwi-  
 schen Löffow und von Seck, zwischen München und Berlin.  
 Ränge die völkische Bewegung durch das Märtverbot des 9.  
 November so stark werden, daß sie das deutsche Volk jetzt zu-  
 sammenschmettert und daß ein Reich entsteht, geistig vor den Ge-  
 fahren überspannten Föderalismus oder Separation. Auf die  
 Frage des Vorsitzenden, wie sich Ludendorff die Durchsetzung  
 dieser Bewegung vorgestellt habe, erwiderte der General, diese  
 Bewegung wäre, geföhrt auf die vaterländischen Verbände, im  
 Norden, zu einer gewaltigen Kundgebung im Deutschen Reich  
 geworden, so daß die Sache ohne jede Gewalttat verlaufen  
 wäre. Nach Erledigung weiterer Fragen wurde schließlich die  
 Sitzung geschlossen und am Samstag vormittag vertagt.

**Deutscher Reichstag.**  
 Berlin, 29. Febr. In der heute fortgesetzten politischen  
 Aussprache fällt zunächst der Reichs-Vollw. Halle über die  
 Weimarer Verfassung her, hinter der er nur die Weimarer  
 Wirtschaft sieht. Dann läßt er Kritik an dem Ausnahmestand,  
 General von Seck und läßt dabei auch die Sozialdemokratie  
 nicht unberührt. Der frühere Reichskanzler Hermann Müller  
 liegt ihm besonders schwer im Magen. Daraus folgt eine Kritik  
 des Verhaltens der Reichsregierung gegenüber Müllers Tod  
 und dem Untergang der „Dynamiden“. Die Rede Stresemanns  
 wird gerpflückt und zuletzt bekommt das Großhospital noch einen  
 schmerzlichen Dieb. Die Zukunft Deutschlands, meint Halle, liegt bei  
 den Panatistern, denen für die Befreiung des Vaterlandes nichts  
 zu viel sei. Der Reichsfinanzminister Luther rednerisch sich  
 wegen dem Fehlen eines endgültigen Staats und der letzten Steu-  
 ernotverordnung, weist die falschen Behauptungen des Aus-  
 lands über die zu schwebende finanzielle Belastung der Deutschen  
 zurück und fordert Goldkredite für die Landwirtschaft. Sodann  
 macht er einen Versuch, die bitteren Willen, die so mancher durch  
 die Festigung von Staat und Wirtschaft finden muß, zu ver-  
 fassen und leugnet auch nicht einen Produktionsrückgang, der  
 durch die Notmaßnahmen geschaffen werde, der jedoch in Kauf  
 genommen werden müsse, wenn man das gesteckte Ziel erreichen  
 wolle. Dann schildert der Minister die Kalamitäten des besieg-  
 ten Gebietes, daß wir dort keine Steuern erheben dürften, aber  
 dort für die ungeheuren Ausgaben aufkommen müßten, ein  
 Zustand, den keine Währung auf die Dauer aushalten könne.  
 Bedauernd, daß von gewissen Parteien Anträge auf Vereinfachung  
 der Notverordnungen eingebracht sind, betont der Mini-  
 ster, daß die Regierung an der Meistensteuer festhalten müsse  
 auf den Personalabbau, die damit verbundenen barten Kosten  
 und die schlechten Gehälter Bezug nehmend, sagte der Minister,  
 daß zum 1. April eine Erhöhung der Gehälter und Renten er-  
 folgen werde. Wegen Schluß verteidigte er noch die Hilfsver-  
 ordnungen gegen die Parteiangriffe. — Der fraktions-  
 lose Abg. Ledebour hält seine Rede gegen die fast leeren Kassen.  
 Eine Kritik folgt der andern. Amert ist es der Abständentag,  
 dann hat er es mit dem Mittelstand und weiter mit der Zukunfts-  
 verordnung zu tun, bis er es für notwendig hält, eine protesta-  
 rische Einigung zu fordern. Nach 6 Uhr war die Sitzung zu  
 Ende.

## Viehseuchenumlage für das Jahr 1924.

Durch Verfügung des Min. d. J. vom 26. Febr. 1924 (Staatsanz. Nr. 50) ist auf Grund des Art. 9, Abs. 4 des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom 27. 12. 23 (Reg. Bl. 1924 S. 2) zum Vollzug der Viehseuchenumlage für das Jahr 1924 bestimmt, daß weitere Beiträge zu erheben sind und zwar:

- a) für jedes 1 Jahr alte und ältere Pferd mit der Ausnahme unter c und für jedes Maultier 1.— G.M.,
- b) für jedes unter 1 Jahr alte Pferd (Fohlen) 0,40 G.M.,
- c) für jedes einer kleinen Rasse angehörige Pferd (unter 140 cm Stockmaß) jeden Gel und Maulesel 0,40 G.M.,
- d) für jedes 3 Monate alte und ältere Stück Rindvieh 0,30 G.M.,
- e) für jedes 3 Monate alte Kalb 0,10 G.M.

Für die Verpflichtung zur Leistung der Beiträge ist eine **neue Aufnahme der Seuchendeckung** der nach Ziffer 1 umlagepflichtigen Tiere maßgebend, die von den Gemeinden **nach dem Stand vom 1. März 1924** an Hand der Umlageverzeichnisse vom 25. August 1923 (i. veral. Verf. vom 18. August 1923 Ziffer 2) zu bewirken ist. Ziegen sind außer Betracht zu lassen. Für Tiere, deren Besitz bei der Aufnahme verheimlicht wird, wird der Beitrag auf das zehnfache der angegebenen Beiträge erhöht. Dies gilt auch für die früheren für das Jahr 1924 erhobenen Umlagen mit der Maßgabe, daß der Grundbeitrag der hinterzogenen Umlage, sofern sie in Papiermark festgesetzt war, in Goldmark nach dem Kurs des Tages, an dem der Beitrag fällig gewesen wäre, zu bestimmen ist.

Die Gemeindebehörden werden angewiesen, die in der Min.-Verfügung vom 26. Febr. ds. Js. angeführten Bestimmungen genau einzuhalten.

Die erforderlichen Vordrucke gehen den Gemeinden heute zu.  
 Neuenbürg, den 1. März 1924. **Oberamt:**  
 Amtmann Heckel.

---

## Hufbeschlag.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betr. die Abhaltung von Prüfungen im Hufbeschlag an den Lehrwerkstätten für Hufschmiede in Heilbronn, Reulingen und Ulm (Staatsanz. Nr. 49 v. 27. 2. 24) wird hingewiesen.

Neuenbürg, den 29. Februar 1924. **Oberamt:**  
 Wagner.

---

## Tanzunterhaltung.

Der im „Enztaler“ Nr. 50 vom 28. 2. 1924 angelegte **Ball mit humoristischer Faktwaichmuskulatur und aufschlitzendem Rappabend** am 2. 3. 1924, nachm. von 3 Uhr an, bei **J. Aldinger zum „Hirsch“ in Schwau** wird, weil verboten, nicht abgehalten. Es findet nur gewöhnliche öffentliche Tanzunterhaltung statt.

Neuenbürg, den 1. März 1924. **Oberamt:**  
 Heckel, Amtmann.

---

## Stadtpflege Neuenbürg.

### Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Steuer 1923/1924.

An alle Steuerpflichtigen ergeht die Aufforderung, der Bezahlung ihrer Steuern, die heute mit besonderem Zettel bekannt gegeben werden, unverzüglich nachzukommen. Unsere Steueranforderung vom 15. 1. 1924 wird damit überholt und ungültig. Sämtliche Zahlungen bis 29. Februar sind abgerechnet.

Rückwirkend auf 1. 1. 1924 sind sämtliche Steuern geändert, dabei die Gebäudesteuer um über das 18fache erhöht worden. Die Gewerbesteuer ist nach der Steuernotverordnung vom 30. Januar von jedem Gewerbetreibenden selbst zu berechnen und ohne Aufforderung zu zahlen. Die Grundlage zur Berechnung bilden die monatlichen Betriebseinnahmen abzüglich der Löhne und Gehalte, aus der Restsumme 10% Staatssteuer und das Vierfache hiervon als Gemeindeumlage. In den Steuerzetteln ist jedoch von uns als vorläufiger Betrag der gekürzte Dezemberlohn eingestellt worden.

Die Umlegung der Gebäudesteuer auf die Hausbewohner ist wie bisher zulässig.

Wer aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sein sollte, die Steuern bis zum 8. ds. Mts. zu zahlen, hat vor Ablauf des Termins um Stundung nachzusuchen.

### Brandschadensumlage auf 1. 1. 1924 und Holzgelder.

Die säumigen Zahler werden an die Begleichung ihrer Schuldscheine erinnert.

Stadtpflege Essich.

---

## Langholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Stammendingen** versteigert am 7. März ds. Js. aus dem Gemeindegeld:

71 Eichen 2. bis 5. Kl., 10 Buchen 3. u. 4. Kl., 40 Forstl. 1. bis 3. Kl., 1 Eib. 4. Kl., 1 Lärche 3. Kl.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.  
 Der Gemeinderat.

Oberamtsstadt Neuenbürg.  
**Pfalz- und Rheintag.**  
 Öffentliche Dankeshundgebung  
 vor dem Rathaus am Sonntag, den 2. März, vorm. 11 Uhr, nach dem evang. Hauptgottesdienst.  
 Hiezu ergeht hiemit Einladung. Es ist Ehrenpflicht der Einwohnerschaft, hieran zahlreich teilzunehmen.  
 Stadtschultheiß Knodel.



**Kathrein's Malzkaffee**

Sicher auch Ihr Geschmack!

-Achten Sie aber auf die Originalpackung!

**Dittenhausen. Gasthaus zum „Adler“.**  
 Am Sonntag, den 2. März findet  
**große Hundebörse**   
 statt, wozu einladet **Gottf. Büfle.**

Neu eingetroffen.

## Salamander-Schuhwaren

**Chevolin-Damen-Schnürschuh,**  
 Spangenschuh, Pumps G.M. 11.—  
**Vogel-Damenschuhschuh** 12.50  
 Damenschuhschuh 12.50, 14.25, 15.50,  
 16.50, 23.—  
**Herren-Halbschuhe** von 15.50 bis 20.50  
**Herren-Schnürstiefel** 15.50, 16.50, 17.50, 18.50  
 bis 23.—  
**Braune Vogel- u. Chevreau-Damen-Stiefel,**  
 20 Ctm. hoch, 21.75  
 Große Auswahl in schwarzen u. braunen Kinderstiefeln.  
 Garantiert kräftige Arbeiter-Schuhwaren.  
 Reparaturen gut und billig.

**Schuhhaus Lutz, Wildbad.**

## Triumpf

der Abonnentensicherung „Land und Leute“, „Nach Feierabend“ und „Der Bergfried“. Goldmarkversicherung wird seit 1. 1. gewährt. Mann und Frau sind gegen Unfall und Sterbefall für wenige Pfennige versichert. Bestimmen Sie sich nicht lange und bestellen Sie sofort bei meinem Vertreter.

**Ab. Sommer, Pforzheim,**  
 Lindenstraße 50.

## Dankagung.

An dieser Stelle möchte ich Dank aussprechen der wohlthätigen Einrichtung **Versicherung auf Unfall und Tod** durch Haltung der Unterhaltungsblätter „Nach Feierabend“, „Land und Leute“, „Bergfried“.

Insbondere richtet sich mein Dank für die mir als Abonnent des „Nach Feierabend“ ausbezahlte Versicherungssumme durch Todesfall meiner Frau in Höhe von **100.— Goldmark** und rufe allen Freunden der geselligen Unterhaltung zu, versichert Euch und Eure Familien, indem Ihr beitrete als Mitglied und Abonnent des „Nach Feierabend“, „Land und Leute“ oder des „Bergfrieds“.

Calmbach, den 27. 2. 24. **Gottlieb Barth.**

Ab Montag, den 3. März 1924,  
 steht in meiner Stallung in Herrnsfeld fortwährend  
 schönes  
**Milchvieh**  
 zum Verkauf oder Tausch.  
**Karl Wein, Viehhandlung, Herrensalz.**

**Pfannkuch & Co**

Feinstes kalifornisches **Misch-Obst**

Pfund 1<sup>00</sup> Markt amerikanische **Dampf-Aepfel**

Pfund 1<sup>20</sup> kalifornische **Aprikosen**

Pfund 1<sup>60</sup> und 1<sup>80</sup> Bosnische und fränkische **Pflaumen**

Pfd. 34 Pfg. von 34 an

**Pfannkuch & Co**

Neuenbürg, heute Samstag



**Schlachtpartie mit Vorkbier**

bei **Karl Scholl, „Traube“**, Neuenbürg.

Wir suchen einige tüchtige **Fein-Mechaniker**.

Alter nicht unter 25 Jahren. **Beller & Fischer, G. m. b. H.**, Neuenbürg.

**Bruchreis** und geschälte **Hirsfen**

zur Rückenauflage, empfiehlt **Chr. Meyer, Bäckerei**, Birkensfeld.

**1,2 Riesen-Becking-Enten**, 22/23er Gewicht nt, aufschmerrende Tiere, preiswert zu verkaufen.

**Waldhofstraße 5**

**Uhrmacher** (Heimarbeiter) für dauernde Reparatur (Remontage) bei höchster Bezahlung gesucht.

Angebote unter Nr. 100 an die Engländer-Geschäftsstelle.

**Pass-Bilder** für Wochen- u. Monatskarten

liefern schnellstens **A. u. G. Notton**, Pforzheim.

Leopoldstr. 14 - Fernruf 2225. Sonntags von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.

Oberamtsstadt Neuenbürg. **Biehändler und Viehbefizer**

werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, jede Einfuhr von Wiederläuren und Schweinen von außerhalb Württembergs bei Strafvermeidung sofort hieher anzuzeigen zwecks Anordnung der polizeilichen Beobachtung wegen Seuchengefahr.

Dreispolizeibehörde: **Knodel**, Neuenbürg.

Die nächste **Mütterberatungsstunde** findet Montag, den 3. März, von 2-1/4 Uhr, statt.

**Holz-Versteigerung.**

Am Mittwoch, den 5. März 1924, vormittags 1/8 Uhr, werden im Größeltal, Treffpunkt an der Engbrücke, an Ort und Stelle gegen Barzahlung

10 Lose Schlagraum versteigert.

Am gleichen Tage, vormittags 10 Uhr, werden in der Größeltal-Wirtschaft versteigert:

10,46 Festmeter Langholz 4. bis 6. Klasse, 55 Gerüstbalken, 460 Reiter-Stangen, 2285 Hopfen-Stangen 1. bis 4. Kl., 100 Nebsteden.

Das Holz wird vor der Versteigerung von Größeltal-Ausscher W. U. vorgezeigt.

**Pforzheim, 28. Febr. 1924.** **Erblt. Gas- und Wasserwerke und Bade-Anstalten**, Waldrennach.

Ein schönes **Läufer-Schwein** verkauft **Friedrich Ehrhardt II.**, Feldrennach.

Eine ältere **Rälber-Ruh** ist zu verkaufen. **Hons Nr. 136, Edtstroffe.**

Das Lotteriospiel ist jetzt wieder gewinnbringend!

Ziehung 7. März

**Klassen-Lotterie** (mit Höchstgewinn und Hauptgewinn)

**1 Million M.**

500000

300000

200000

**Auf 3 Lose 1 Gewinn**

1 Achtel 1 Viertel 1 Hälfte 1 Ganzes Lot

3 6 12 24

Zustellungsgebühr 12 g mehr (mit Liste 20 g)

**J. Schwabacher** Württ. Lotterie- Stuttgart  
Königsplatz 111, Tel. 340 00  
Kasseler alle Ziehungsstellen, auch Briefmarken

**Arbeits-, Sonntags- und Sporibosen,** sowie **Anzug-Stoffe mit modernen Streifen** in allen Qualitäten und Preislogen empfiehlt **Josef Seubert, Neuenbürg,** Rein Laden! bei der Turnhalle. Rein Laden!

**Kleidersamte - - - Putzartikel**

Lindener Kleider-Samt, schw., braun, grau, marine, lila, 70 cm breit, beste Qualität, Mtr. 11.-

Lindener Samt, schwerste Qualität, 110 cm breit, Mtr. 17.-

Lindener Wasch-Samt, einfarbig und gestreift, 70 cm breit, Mtr. 4.80

Damasco-Futter, letzte Neuheiten, Mtr. v. 7.- an

Brokate in vielen Dessins, Mtr. von 7.50 an

Putzartikel, wie Linonformen, Blumen, Reiter, Fantasie-, Strohborden usw.

Damenhüte, stets gut sortiertes Lager in allen Preislagen u. Ausführungen für alle Zwecke.

Umarbeitungen sowie Reparaturen von Damenhüten in bekannt guter Ausführung bei äußerster Berechnung.

Modistinnen und Schneiderinnen erhalten en gros-Preise.

**Friedr. Dann, Pforzheim, Zerrennerstr. 12, Tel. 2764.**

**Evangelischer Arbeiter-Verein** Neuenbürg.

Morgen Sonntag mittag 1/8 Uhr **Generalversammlung** bei „Lieber“.

Der Ausschuß.

**Feine Fleisch- und Wurstwaren**

als:

Schinken, Böckelfleisch, Rippe, Bierwurst, Brehkopf, frische Bratwürste, Schinkenwurst, Knackwürste, Wienerwürstchen, Leberkäs, weiße Brehwurst, Zungenwurst, extra Griebenwurst, einfache Leberwurst empfiehlt

**Ferdinand Stengele** zum „Schiff“, Telefon 81.

**Einzug von Forderungen**

Beratung von Steuerfachen pp. durch **Inhasso-Gesellschaft Wollinger,** Neuenbürg.

Schönberg. Gesucht werden 2 **Mädchen** von 16-19 Jahren. **Hädr Neustädter.**

**Sänger-Vereinigung „Freundschaft“** Neuenbürg.

Laut Beschluß der Hauptversammlung wird die Vereinigung zu einem Männergesang-Verein ausgebaut.

Aktive und passive Mitglieder sind herzlich willkommen. Nächste Singstunde **Freitag, den 4. März,** abends 8 Uhr, im Schulhaus, 1. Stod.

Die Vorstandschaft. **Schwann.**

Am Sonntag, den 2. März 1924, nachmittags 3 Uhr, findet im **Gasthaus zum „Hirsch“** öffentliche **Tanzbelustigung** statt, wozu höflich einladet **L. Aldinger.**

**„Marxzeller Mühle“** Sonntag, den 2. März öffentliche **Tanz-Belustigung.**

Für reine Weine und prima Speisen ist bestens gesorgt. Es ladet freundlichst ein **A. Hörter.**

**Gräfenhausen. Geschäfts-Empfehlung.**

Der werten Einwohnerschaft von Gräfenhausen und Umgebung zur grst. Kenntnisnahme, daß ich meine bisher in Dietlingen betriebene **Bäckerei** ab 1. März nach dort verlegen werde und bitte ich die verehrl. Einwohnerschaft um ihre grst. Unterstützung. Es wird mein äußerstes Bestreben sein, meine wertgeschätzte Kundschaft in jeder Hinsicht zufriedenstellend zu bedienen.

Mit vorzögl. Hochachtung! **Wilhelm Glauner.**

Am Sonntag, den 2. März findet im **Gasthaus zur „Linde“** in **Salmbach** große **Hundeböise** statt. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein **mehrere Hundefreunde.**

**Rugo-Fahrräder** sind **Qualitätsmaschinen**

Weltrekordmann Maxoppe schreibt von einer Dauermaterialprüfungsfahrt mit 1500 km: „... Ihr Rugo-Rad bei denkbar schlechten Straßen- und Witterungsverhältnissen ohne jeden Defekt gefahren. Es zeichnet sich aus durch Stabilität, Zuverlässigkeit und besonders leichten Lauf.“

**Fahrradhändler als Vertreter an allen Orten gesucht.** **Golderer & Kress G. m. b. H.** Fahrrad-Fabrik, Stuttgart, Champlignystr. 7, Tel. 9176 77, 278.

Von einer der größten, leistungsstärksten **Margarine- und Molkereifabriken** wird für **Herrnhalb** und **größter Umgebung** ein **tüchtiger Vertreter** gesucht.

Nur arbeitsfreudige, für diese Sache geeignete Leute wollen sich melden. Herren, welche in Herrnhals bekannt sind und über kleinen Lagerplatz verfügen, werden bevorzugt. Offerten unter Nr. 343 an die „Engländer“ Geschäftsstelle erbeten.

**Pfannkuch & Co**

**Teigwaren**

**Band-Nudeln** Pfund 28 Pfg.

**Eier-Nudeln** Pfund 42 Pfg.

**Makkaroni** Pfund 42 Pfg.

**Pfannkuch & Co**

Neuenbürg. Einen größeren **Reißzeug**, gebraucht, jedoch sehr gut erhalten, sucht zu kaufen **W. Blach, Elektrizitätswerk.**

**Kaufmanns-Lehrling** zum Eintritt nach Ostern gesucht. **Beller & Fischer** G. m. b. H.

Ein gut erhaltenes **Piano** zu kaufen gesucht. Angebote an die Engländer-Geschäftsstelle.

**Wetteres Tafelklavier** billig zu verkaufen. Näheres in der „Engländer“ Geschäftsstelle. **Gräfenhausen.** Verkauf eventuell vertauscht 3,18 Stück

**Land- und weiße Bedingenten**, 1-jährig. Brut gegen Hühner gleichen Alters, mögl. raffiniert. **Ernst Frey** b. n. Schulhaus.

**Ev. Gottesdienste in Neuenbürg.**

Sonntag, den 2. März, (Sonntag Osternlied), 10 Uhr Predigt Matth. 5, 17-20; Lied 283.

Dekan Dr. Wegertlin, 1/2 Uhr Christenlehre (Söhne), Stadtwilhelmschule.

1/4 Uhr Bibelstunde in Waldrennach, Stadtwilhelmschule.

8 Uhr Gemeinde- und Volkshausabend im Gemeindehaus mit Vortrag von Pfarrer Her-Ottenshausen: „Der Christ und die Freude“.

Mittwoch abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus, Stadtwilhelmschule.

**Kathol. Gottesdienst in Neuenbürg.**

Sonntag, den 2. März, 9 Uhr Predigt und Amt, 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Abendmessen, 5. März, 7 Uhr früh Beginn des Gottesdienstes.

Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr Fastenandacht.

**Welsch-dösten-Gemeinde** (Prediger C. Lang), Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt, 1/2, 12 Uhr Sonntagsschule. Mittwoch abends 8 Uhr Bibeldienst

31

Nr. 52.

Das

Da liegt a  
Ein weiter  
Was nur das  
Das findet da  
Klingum die  
Und drüber id  
Die lust'gen Me  
Sie zeugen von  
Wo findet sich  
Wo liegt so  
Wo wogt auf  
Wo ist zu  
Wo liegt sich a  
Sagt an des

Stuttgart, 29.  
(Automobil.) Ein  
gestern nachmittag  
wagen, der eine g  
Wilhelmsplatz in  
Fahrt verlangsam  
dessen eines der b  
mannschaften entfi  
Führer mit be  
Chauffeur und die  
nützlichen Partei  
abgeführt. Sie w  
verleben, von aus  
eingeleitet.

Stuttgart, 29.  
Nach dem Stuttga  
Abficht, die Frage  
die ja eine Weinun  
vor der endgültige  
Lösung zu bringen  
der Kreisregierung  
Oberämter und K  
genstände von gre  
Innern fallen.

Reitweil, 29.  
Stadtschulbeisern  
gelegt, da sich der  
der Erbkommunio  
als ungeeignet erw  
Weinsberg, 29.  
beisenswahl findet  
Stadtschulbeisern  
nach dem Beschlu  
tum mit einem ne  
den. Die Anlag  
niedergeschlossen.  
11m, 29. Febr.  
platzes wurden die  
festgestellt, daß die  
dem Sturm standb  
Verstärkungen ang  
räumungsarbeiten,  
auch die Gewölbe  
her Teil des Durd  
wurde entfernt, de  
beschädigt würde.  
konnte bis jetzt ni  
lösung darf aber  
sines Verhalten, e  
Vicht, als Ursache  
die verschiedenen a  
mitbrand, Karsch  
Kanzleien und La  
den, ist der Brand  
Feuer den Ostflüg

34 Der

Erz  
„Rein, nein  
Bericht nicht, u  
zu mischen. Geh  
hen mit sich, i  
Schau zu nehme  
unbesonnen und  
führte. Gehen  
fort und befehle  
den Chauffeurs  
gen Sie mir so  
Der zweite V  
Dame; Frau W  
barfchen, Harje  
„In Gottes Na  
niemand anders  
mag über mich  
Die drei Zeu  
ans dem Raum.  
Wenige Min  
der Pferde geh  
wegung und ver  
„Sie waren i  
Ehorral.  
„Ich denke, w  
und wo wären  
in. Lassen Sie  
ursprünglichen  
gen, der Abend  
sich hier in die  
will sie zu mein  
wüde soll hier